

wesentlich von dem, was über die Entwicklung der letzten 30 Jahre in vielen Ländern Asiens geschrieben wurde: Vertreibung, Landflucht, Kinderarbeit, 12-14stündiger Arbeitstag, Niedrigstlöhne, gefährliche Arbeitsplätze, Obdachlosigkeit, Rechtlosigkeit usw. Nicht zuletzt haben viele Europäer versucht, durch die Auswanderung aus dem "wachsenden" Europa einer Verelendung zu entkommen.

Aber wer und was hat sich denn eigentlich durchgesetzt – damals in Deutschland und heute in Ostasien. Auf wessen Kosten und zu wessen Gunsten?

Traditionelle Eliten und "bürgerliche" Schichten betreiben die Durchsetzung des Kapitalismus als alleinige, alles umfassende Gesellschaftsform, in der die oberste Maxime Profitmaximierung durch Warenproduktion ist. Dabei kommt es nicht darauf an, daß ein nützlicher Gebrauchsgegenstand produziert wird, sondern daß man durch die Herstellung irgendeines Produktes Geld verdient. Alle sozialen, kulturellen und religiösen Traditionen werden dadurch tiefgreifend verändert. Alle menschlichen Beziehungen untereinander, wie auch die gegenüber der natürlichen Umwelt sind davon bestimmt. Letzteres Verhältnis stellt sich zunehmend als zerstörerisch gegenüber der menschlichen Existenz dar. Der Kapitalismus spaltet alle Gesellschaften, in Asien oder Europa, marginalisiert und vernichtet erhebliche Teile der Gesellschaften, heute wie damals.

Es ist somit das eigene, so hoch gepriesene Wirtschafts- und Gesellschaftssystem des Kapitalismus, das die wirtschaftlichen und sozialen Krisen in Europa verursacht, nicht die Konkurrenzen, wie etwa die Wachstumsökonomien Ostasiens. Denn die Konkurrenz inner-

halb eines Nationalstaates, eines Staatenverbandes oder der ganzen Welt, sowohl unter den Unternehmen als auch unter den Arbeitskräften, ist konstitutiver Bestandteil eben dieses Systems. Das Gerede von *asiatischer* Herausforderung, von *Asien* Lernen und *asiatischen* Werten lenkt von den eigentlichen Ursachen der Krise ab. Es ist zugleich irreführend und gefährlich, weil es mit dem *Asiaten*, wer immer das sein soll, einen vermeintlichen Gegner aufbaut, der uns bedroht. Gegen den müssen wir uns dann angeblich durchsetzen, so wie etwa vor dem 1. Weltkrieg gegen *den Franzosen*.

In Bangkok trafen sich die Chefs zweier Staatengruppen, deren jeweilige Mitgliedsstaaten innerhalb ihrer eigenen Gruppe wie auch weltweit in Konkurrenz zueinander stehen und eine Konkurrenz als Regionen zueinander antizipieren. Sie sind sich über die Vorherrschaft des Kapitalismus weltweit und in ihrem Land einig. Am Wohl ihrer jeweiligen Bevölkerung liegt ihnen nur soweit, um die Privilegien, materiellen Vorteile und Macht der vom Kapitalismus profitierenden Schichten zu erhalten. Deshalb haben sie auch wenig Interesse daran, einen Dialog über Fragen der demokratischen Grundrechte, der Menschenrechte sowie des Selbstbestimmungsrechts anzufangen, es sei denn, sie können damit ihre (wirtschaftlichen) Interessen besser durchsetzen. Sie treffen sich, um sich über ihre gemeinsamen Interessen im herrschenden, weltweiten kapitalistischen System auszutauschen, wie sie die Welt besser im Griff behalten können. Dabei wollen sie voneinander lernen.

Leider gab es zu diesem Treffen keine umfassenderen, alternativen Ansätze. Die Asia-Europe NGO Conference, die kurzfristig aus dem Boden gestampft

wurde, stellt sich als eine der heutzutage obligatorischen "Gegenkonferenzen" dar, die weder Ausdruck eines vorangegangenen Dialog- und Auseinandersetzungprozesses war noch bisher Folgeaktivitäten verspricht (vgl. Dokumentation der Abschlußpresseerklärung). Auch waren kaum diejenigen dort anwesend, die Ausdruck von alternativen Ansätzen in Europa und z.T. in Asien sind. Trotz des Anspruchs, sich "neuen Beziehungen zwischen Asien und Europa" zuwenden zu wollen, zeigte sie sich thematisch als Reflex auf die politische Tagesordnung. Mit Themen, die z.T. auch in den Gremien des offiziellen Politikdialogs behandelt werden, wollte sie die besseren Ratschläge an die vertretenen Regierungschefs geben.

Ein langfristiger Dialog über Widerstandsformen gegen die Auswüchse des Kapitalismus sowie über Kernfragen gesellschaftlicher Entwicklung und Perspektiven jenseits des Kapitalismus zwischen Exponenten und Aktivisten sozialer Bewegungen, querdenkenden Intellektuellen und Künstlern in Europa und Asien muß entwickelt werden. Nur ein solcher Dialog kann dazu beitragen, daß ethnozentrische Vorurteile zwischen einzelnen Ländern Europas und Asiens bewußt abgebaut und gemeinsam eine Welt-Anschauung entwickelt werden können, die über den Weltmarkt hinausgeht, ohne leugnen zu wollen, daß es ihn (vorerst noch) gibt.

ASEM ist ein erneuter Anstoß dazu, solch einen Dialog in Gang zu bringen. Die Initiative zu der Gegenkonferenz könnte ein erster Schritt dazu sein.

Peter Franke

Jenseits von Geopolitik und Geoökonomie

Im folgenden drucken wir die Presseerklärung des Alternativgipfels zu ASEM mit der Überschrift Die NRO aus Asien und Europa beenden eine historische Konferenz über die Bürgerverbindungen Verbindungen zwischen zwei Kontinenten ab.

Über 350 Vertreterinnen und Vertreter von über 100 Volksorganisationen und Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) nahmen vom 27. bis 29. Februar an der ersten Gemeinsamen Asien-Europa NRO-Konferenz zum Thema *Jenseits von Geopolitik und Geoökonomie: Auf dem Weg zu Neuen Beziehungen zwischen Asien und Europa* in Bangkok teil. Diese Konferenz wurde parallel zum Asien-Europa Gipfel (ASEM) zwischen zehn südostasiatischen und fünfzehn europäischen Staats- und Regierungschefs

abgehalten, der am 1. und 2. März stattfand.

Die NRO-Konferenz rief die asiatischen Regierungen dazu auf, das multilaterale Investitionsabkommen, das von der Europäischen Union und der Welt handelsorganisation (WTO) gefördert wird, abzulehnen. Das NRO-Treffen forderte ebenfalls einstimmig den gleichzeitigen Rückzug Frankreichs aus Französisch-Polynesien und Neukaledonien unter der Aufsicht der Europäischen Union (EU) sowie Indonesiens aus

Osttimor unter der Aufsicht der ASEAN. Die Konferenz verlangte außerdem, daß die ASEM-Regierungen die Unterdrückung und Schikanierung der NRO sowie das Klima der Angst, in welchem sie gegenwärtig operieren, beenden.

Gleichzeitig erkannte die Konferenz die Herausforderungen, denen Asien und Europa gegenüberstehen, und beschloß, auf die Schaffung einer gemeinsamen Vision und eines gemeinsamen Aktionsprogrammes zwischen den zwei Kontinenten hinzuarbeiten, welches über die Fixierung auf Wirtschaftswachstum hinausgeht.

Die Teilnehmer vertraten die Ansicht, daß ASEM durch die Konzentration der Beziehungen auf rein geopolitische und geoökonomische Überlegungen hauptsächlich den beschränkten Interessen der dominierenden Eliten in den beiden Regionen dient.

In diesem Kontext versuchten nun die Teilnehmer eine alternative Vision zu entwickeln, die sich an den Bedürfnissen

der Menschen orientiert, sozial und wirtschaftlich gerecht, ökologisch nachhaltig und politisch partizipatorisch sein sollte. Solch eine Vision sollte den Respekt der Menschenrechte und Menschenwürde beinhalten und das geistige, moralische, intellektuelle und kulturelle Leben aller Individuen und Gemeinschaften in beiden Regionen fördern.

Um diese Ziele zu verwirklichen hat die Konferenz auf Transparenz und Verantwortlichkeit im ASEM-Prozeß gedrungen. Die Teilnahme von Bürgern im Entscheidungsprozeß der Regierungen auf beiden Kontinenten soll nicht nur auf Parlamentarier und Geschäftsleute beschränkt sein.

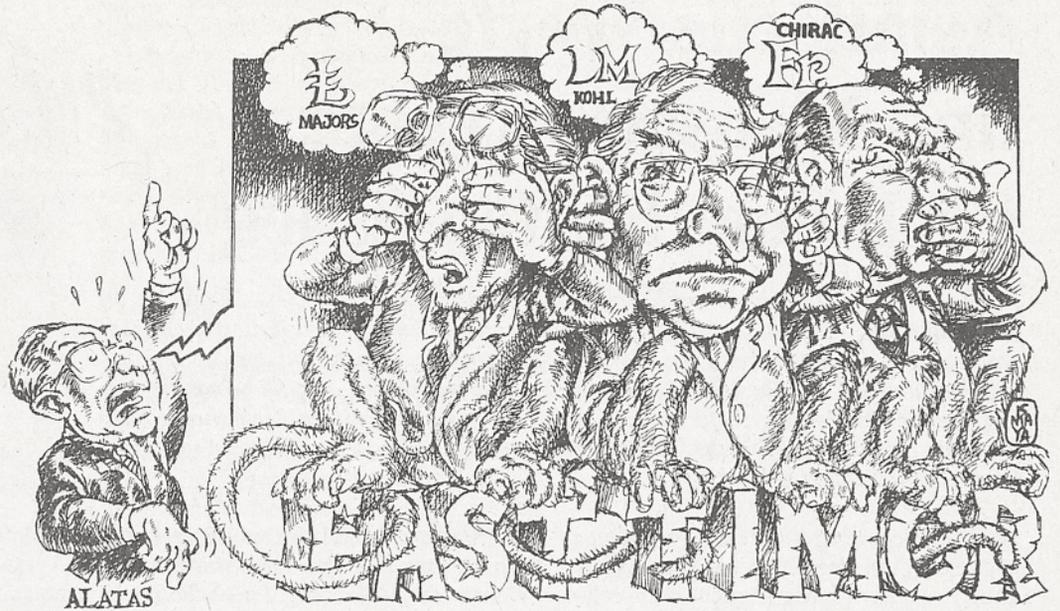
Die Teilnehmer stimmten darin überein, daß die Organisationen von Arbeitern, Frauen, indigenen Volksgruppen sowie Volksorganisationen und NRO ebenfalls einbezogen werden müssen. Diesbezüglich drückte die Erklärung der Konferenz den Wunsch aus, daß es auch in Zukunft einen fortgesetzten Dialog geben möge und daß Mechanismen geschaffen werden, die diesen Dialog ermöglichen sollen. Dies erfordert gesellschaftliche Verpflichtungen und politischen Willen auf Seiten der Regierungen Asiens und Europas.

Als Teil dieses Prozesses sollten die 25 Regierungen sicherstellen, daß die Menschenrechte der Frauen respektiert und gefördert werden, und daß der Nutzen des Wohlstands gerechter verteilt wird.

Die Konferenz bekräftigte, daß die Achtung der Menschenrechte im Mittelpunkt der Beziehungen zwischen Asien und Europa stehen sollte und betonte, daß alle am ASEM teilnehmenden Staaten Unterzeichner der UN-Gipfelerklärungen sind (Rio 1992, Wien 1993, Kairo 1994, Kopenhagen und Beijing 1995). Daher erinnerten die Konferenzteilnehmer die ASEM-Regierungen daran, sich ihrer Verpflichtungen und ihrer Verantwortung in diesen Konventionen bewußt zu sein und dem Schutz der Menschenrechte höchste Achtung einzuräumen.

Die Konferenz verurteilte die Verletzung der Menschenrechte der Bevölkerung von Nordirland ebenso wie die der Bevölkerung von Osttimor und Burma.

Bezüglich Nordirland verurteilte die Konferenz die Untätigkeit der britischen Regierung in Verlauf der letzten 18 Monate angesichts des andauernden Konflikts. Die Konferenz drängte die britische Regierung außerdem, unverzüglich Verhandlungen mit allen Seiten aufzunehmen, die zu einer umfassenden politischen Lösung führen und brennende Themen, wie Polizeiaufgaben, Entlassung aller politischen Gefangenen, Entwaffnung aller Konfliktparteien und



Wahrung internationaler Menschenrechtsstandards enthalten sollten.

Die erste Asien-Europa NRO-Konferenz hat die schamlosen Versuche der indonesischen Regierung, jede Diskussion über Osttimor auf der ASEM zu verhindern, scharf verurteilt und die Regierungen etwa der Philippinen oder Thailands heftig dafür kritisiert, daß sie sich dem Druck Indonesiens gebeugt haben. Sie protestierten entschieden gegen die Entscheidung der thailändischen Regierung, dem osttimoresischen Widerstandsführer Jose Ramos-Horta den Besuch Thailands, um an dieser NRO-Konferenz teilzunehmen, zu verbieten.

Die Konferenz äußerte sich tief besorgt über die andauernden schweren Menschenrechtsverletzungen in Osttimor und forderte die bedingungslose Freilassung von Xanana Gusmao und aller politischen Führer Osttimors. Die Konferenz unterstützte darüber hinaus Osttimors Forderung nach Selbstbestimmung und begrüßte die wachsende Solidaritätsbewegung mit Osttimor in den Ländern Südostasiens und Europas.

Bezüglich Burma drängte die Konferenz die asiatischen und europäischen Regierungen, politische und wirtschaftliche Beziehungen mit dem SLORC einzustellen, bis dieser in einen Dialog mit Aung San Suu Kyi eintritt und alle politischen Gefangenen freiläßt. Die Konferenz rief außerdem den SLORC dazu auf, die Ergebnisse der Wahl von 1991 zu respektieren, die von der Nationalen Liga für Demokratie gewonnen worden waren.

Weitere Empfehlungen an die Adresse der ASEM-Delegierten waren u.a.:

1. Die asiatischen Führer sollten verlangen, daß die EU die Gemeinsame Landwirtschaftspolitik (CAP) radikal revidiert, um damit die massive Subventionierung europäischer Agrarexporte zu beenden, die die EU dazu ermuntert hat,

landwirtschaftliche Produkte in asiatischen und anderen Entwicklungsländern abzuladen, was großes Leid über asiatische Bauern bringt und die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung gefährdet.

2. Die ASEM-Regierungen sollten die Bestimmungen der UN-Charta zum Schutz der Rechte von Arbeitsmigranten ratifizieren und in Kraft setzen und die Verletzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Rechte beenden.

3. Die Regierungen der Europäischen Union müssen den Verkauf von Waffen nach Asien beenden, der einen Rüstungswettlauf in der Region zur Folge hat.

4. Die ASEM-Regierungen müssen ernsthaft für die Vollendung des Abkommens über einen Atomteststopp eintreten und werden gedrängt, einen Vertrag auszuhandeln, der einen strikten Zeitplan für den Abbau von Atomwaffen vorsieht und somit eine notwendige Ergänzung des Atomwaffensperrvertrages darstellt.

5. Die asiatischen Regierungschefs müssen sich den Forderungen der EU nach Öffnung der Märkte für Telekommunikation, der Seefahrt und anderer Sektoren im Rahmen der Welthandelsorganisation widersetzen oder sie riskieren den Bankrott der einheimischen Industrien und eine verstärkte Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte durch multinationale Unternehmen.

Die erste asiatisch-europäische NRO-Tagung hat den Weg für die Menschen der zwei Kontinente gebnet, um neue Beziehungen zu schaffen, die die Geopolitik und die Geoökonomie überwinden.

Bangkok, den 29. Februar 1996

Presseerklärung des Organisationskomitees Asia-Europe NGO Conference. Übersetzung aus dem Englischen von Michael Königer und Peter Franke.